



STADT BAMBERG

Ordnungsamt
AUSLÄNDERWESEN

Rathaus
Maximiliansplatz 3
96047 Bamberg

auslaenderamt@
stadt.bamberg.de
www.bamberg.de

**Besuche nur nach
vorheriger
Terminvereinbarung**

Stadt Bamberg
Ausländeramt
Maximiliansplatz 3
96047 Bamberg

Antrag auf Erteilung Übertrag

einer Niederlassungserlaubnis gemäß § 81 Aufenthaltsgesetz
(AufenthG)

Hinweis: Die Beantragung eines Aufenthaltstitels hat für jede Person –auch für Kinder- auf einem eigenen Antrag zu erfolgen (§ 81 AufenthG).

Angaben zur/zum Antragsteller/in:

Familienname		ggf. Geburtsname oder frühere Namen		
Vorname(n)		Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w	Augenfarbe	Größe
Geburtsdatum		Geburtsort	Geburtsland	
Derzeitiger Wohnsitz in Deutschland (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)				
Staatsangehörigkeit(en) – bei mehreren sind alle anzugeben				
a) jetzige		b) frühere		
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend				seit
Telefon (freiwillig)		E-Mail (freiwillig)		

Pass/Passersatz

<input type="checkbox"/> eigener Pass / Ausweis	<input type="checkbox"/> eingetragen bei	<input type="checkbox"/> Vater	<input type="checkbox"/> Mutter
Genaue Bezeichnung: Art des Passes/Ausweises		Nr.	Gültig bis
Ausgestellt von		Ausgestellt am	

Angaben zum Aufenthalt

Aufenthalt im Ausland		
Haben Sie sich seit der Begründung Ihres Aufenthalts im Bundesgebiet nicht nur vorübergehend oder länger als 6 Monate im Ausland aufgehalten? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
von (Datum)	bis (Datum)	in (Ort, Kreis, Staat)

Lebensunterhalt

Aus welchen Mitteln bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?		
<input type="checkbox"/> Erwerbstätigkeit (selbständig / unselbständig)	Höhe des Einkommens (netto):	
<input type="checkbox"/> durch Ehepartner	<input type="checkbox"/> Rentenbezug	Höhe der Rente:
<input type="checkbox"/> Verpflichtungs- oder Kostenübernahmeerklärung	Abgegeben durch:	
<input type="checkbox"/> öffentliche Mittel (z. B. SGB II, XII oder VII)	Art der Leistung:	
<input type="checkbox"/> sonstiges Einkommen	Sonstiges:	
<input type="checkbox"/> Ich kann wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung den Lebensunterhalt nicht sichern (Bestätigung liegt bei).		
<input type="checkbox"/> Ich befinde mich in einer Ausbildung, die zu einem anerkannten beruflichen oder schulischen Bildungsabschluss führt		
Träger der Ausbildung		
bei _____		
Art der Ausbildung		

Art des angestrebten Abschlusses		

von (Datum)	voraussichtlich bis (Datum)	Bitte Belege (Schulbescheinigung) beifügen!

Ich habe Unterhaltungspflichten gegenüber anderen Personen

(Anzahl)		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, gegenüber folgenden _____ Personen:	
Familienname, Vorname(n)	Geburtsdatum	Wohnort (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Staat)
_____	_____	_____

<input type="checkbox"/> Weitere unterhaltsberechtigten Personen sind auf einem Beiblatt angegeben.		

Rentenversicherung

<input type="checkbox"/> Ich habe mindestens 60 Monate Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).
<input type="checkbox"/> Ich habe mindestens 60 Monate freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).
<input type="checkbox"/> Ich habe Aufwendungen für einen Anspruch auf vergleichbare Leistungen einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung oder eines Versicherungsunternehmens geleistet (Nachweis liegt bei).
<input type="checkbox"/> Die Rentenversicherung ist über meinen Ehegatten gesichert (Nachweis liegt bei).
<input type="checkbox"/> Ich befinde mich in Ausbildung, die zu einem anerkannten schulischen oder beruflichen Bildungsanspruch führt (s. oben).
<input type="checkbox"/> Ich habe wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung keine 60 Monate Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung geleistet (Nachweis liegt bei).

Wohnraum der Familie

Anzahl
Wohnfläche _____ m ² für _____ Personen <input type="checkbox"/> Mietvertrag <input type="checkbox"/> Wohnraumbescheinigung liegt bei.

Rechtsverstöße

Wurden Sie wegen Rechtsverstößen verurteilt?			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> in Deutschland	<input type="checkbox"/> im Ausland
Datum:		Gericht:	
Grund:		Art und Höhe der Strafe:	
<input type="checkbox"/> Die Verhängung einer Jugendstrafe wurde ausgesetzt.			
<i>Weitere Verstöße bitte auf besonderem Blatt angeben.</i>			
Wird gegen Sie wegen des Verdachts einer Straftat ermittelt?			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> in Deutschland	<input type="checkbox"/> im Ausland
Grund / ermittelnde Behörde:			

Integration

Verfügen Sie über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland?
<input type="checkbox"/> ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache vorhanden.
<input type="checkbox"/> ja, Zeugnis über Integrationskurs liegt bei.
<input type="checkbox"/> ja, da in Deutschland Schulbesuch.
<input type="checkbox"/> ich habe wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung keine deutschen Sprachkenntnisse (Bescheinigung liegt bei).
<input type="checkbox"/> Eine Teilnahme an einem Integrationskurs ist mir auf Dauer unmöglich oder unzumutbar. Begründung: _____ _____
<input type="checkbox"/> sonstige Begründung

Wichtige Hinweise nach § 55 Abs. 2 Nr. 1 und § 82 Aufenthaltsgesetz

Ich wurde darauf hingewiesen, dass

- Ich nach § 55 Abs. 2 Nr. 1 Aufenthaltsgesetz ausgewiesen werden kann, wenn ich in einem Verwaltungsverfahren, das von Behörden eines Anwenderstaates des Schengener Durchführungsübereinkommens durchgeführt wird, im In- und Ausland falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Schengen-Visums, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung mache und trotz bestehender Rechtspflicht nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes oder des Schengener Durchführungsübereinkommens zuständigen Behörde mitwirke.
- unrichtige oder unvollständige Angaben den Straftatbestand des § 95 Abs. 2 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz erfüllen. Die Straftat kann mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden. Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn er gegen Rechtsvorschriften verstößt, wozu auch unvollständige und unrichtige Angaben zum vorstehenden Sachverhalt gehören (§ 55 Abs. 2 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz). Ein erteilter Aufenthaltstitel kann zurückgenommen werden.
- ich meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen habe und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise unverzüglich beizubringen habe. Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.
- für die Bearbeitung des vorstehenden Antrags grundsätzlich eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird, die auch im Falle der Rücknahme des Antrags oder der Versagung der beantragten Amtshandlung nicht wieder zurückgezahlt wird.

Hinweise zur Datenerhebung

Die mit der Ausführung der Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem AufenthG und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 86 AufenthG). **Daten besonderer Art gem. § 3 Abs. 9 BDSG werden mit Einwilligung des Antragstellers erhoben; die Einwilligung wird mit Unterschrift auf Seite 5 erteilt. Die Angabe dieser Daten ist freiwillig und kann verweigert werden.**

Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz. Wegen der Vielzahl der Bestimmungen können die im Einzelfall geltenden Rechtsgrundlagen gerne bei der Ausländerbehörde erfragt werden.

Ich beantrage die Erteilung/den Übertrag der Niederlassungserlaubnis.

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und vollständig gemacht zu haben.

Ort, Datum

Eigenhändige Unterschrift (bei Kindern unter 18 Jahren: Gesetzlicher Vertreter)